

AA / BMG

Ausschussdrucksache
20(14-1)77

TOP 1 Sitzung UA GlobG am 22.04.
18.04.2024

Betreff: 22. Sitzung des Unterausschusses Globale Gesundheit des Deutschen Bundestages am 22.04.2024

TOP 1: Bericht der Bundesregierung zur Teilnahme Taiwans an der Weltgesundheitsversammlung

Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützt die Bundesregierung die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwans in internationalen Organisationen. Dies hat sie in der im Juli 2023 verabschiedeten China-Strategie der Bundesregierung bekräftigt. Gerade bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sollte sichergestellt werden, dass alle relevanten Akteure, inklusive Taiwan, direkten Zugang zu notwendigen Informationen erhalten. Die Bundesregierung setzt sich daher nachdrücklich für eine technische Einbindung Taiwans in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und für einen Beobachterstatus Taiwans bei der Weltgesundheitsversammlung (WHA) ein.

Die Bundesregierung beteiligt sich in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Staaten unter anderem an Demarchen gegenüber der Weltgesundheitsorganisation. Sie fordert eine Einbindung Taiwans zum Beispiel über einen Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung, wie er zwischen 2009 und 2016 möglich war. Bei den Demarchen der gleichgesinnten Länder war 2023 und 2024 im Vergleich zu Vorjahren eine wachsende Unterstützung für die Einladung Taiwans als Beobachter zur Weltgesundheitsversammlung und technische Einbindung Taiwans in WHO-Prozesse wahrzunehmen.

Auch die Kommuniqués der G7-Außen- und G7-Gesundheitsministerinnen und -minister enthielten in 2023 zum wiederholten Male eine Forderung zu Taiwans sachbezogener Teilnahme in der WHO und der Weltgesundheitsversammlung.

In der Plenardebatte der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2023 wurde gleich zu Beginn über den Antrag, einen zusätzlichen Agenda-Punkt über den Beobachterstatus Taiwans bei der Weltgesundheitsversammlung in die Tagesordnung aufzunehmen, diskutiert. Hierbei wurde erneut nach der bekannten „2+2“-Debatte verfahren. Entsprechend diesem Prozess hatte am Vortag das nichtöffentliche Generalkomitee, in dem Deutschland kein Mitglied war, eine Empfehlung beschlossen, den Antrag nicht auf die Tagesordnung aufzunehmen. In der Plenardebatte sprachen sich zwei Delegationen für den Antrag aus (Eswatini, Marshallinseln) und zwei dagegen (Volksrepublik China, Pakistan). Anschließend stellte der Vorsitzende fest, dass dem Antrag entsprechend nicht stattzugeben sei.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2023 in einer der nationalen Erklärungen explizit namentlich eine Einbindung Taiwans gefordert.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin für eine sachbezogene Teilnahme Taiwans in der WHO generell und im Speziellen einen Beobachterstatus in der Weltgesundheitsversammlung einsetzen. Hierfür laufen aktuell Abstimmungen unter den gleichgesinnten Staaten zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der kommenden Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024.